

Langzeitwirkungen nicht erforscht

Umweltbundesamt legt kritische Bewertung zum Unkrautvernichter Glyphosat vor

Von Susan Bonath

Zu Glyphosat siehe auch [jW-Thema vom 16.1.](#)

Krebserregend oder harmlos? Der Streit um die kürzlich von der Europäischen Union (EU) verschobene Neuzulassung des Unkrautvernichtungsmittels Glyphosat für zehn Jahre geht weiter. Im Gegensatz zum Bundesamt für Risikobewertung (BfR) sieht das Umweltbundesamt (UBA) viele offene Fragen. Mögliche Langzeitwirkungen seien kaum erforscht, das müsse dringend nachgeholt werden, teilte es am Donnerstag mit. Dies hätten eigene Untersuchungen ergeben. Die Behörde rief außerdem mit einem »5-Punkte-Programm für nachhaltigen Pflanzenschutz« zum Umdenken auf.

»Wir müssen die Datenlage zur Belastung beim Menschen verbessern«, erläuterte UBA-Präsidentin Maria Krautzberger. Vor allem über die Auswirkungen bei Kindern wisse man fast nichts. Dazu habe das Umweltamt bereits eine weitere Studie in Auftrag gegeben. Ungeklärt sei auch, inwieweit Glyphosat im Zusammenspiel mit anderen chemischen Bestandteilen schädliche Einflüsse auf den menschlichen Organismus habe. Man dürfe den Stoff »nicht isoliert betrachten«, betonte Krautzberger.

Laut UBA werden in Deutschland jährlich etwa 100.000 Tonnen Pestizide auf Feldern versprüht. Glyphosathaltige Mittel würden am meisten verkauft. Im März 2015 hatte die Weltgesundheitsorganisation (WHO) davor gewarnt, von letzteren gehe möglicherweise eine Krebsgefahr aus. Das BfR tat die WHO-Untersuchungen als Panikmache ab. Fest steht, dass Glyphosat im menschlichen Körper nachzuweisen ist. Krautzberger wies auf eine Studie hin, die über einen Zeitraum von 15 Jahren durchgeführt wurde. Dafür seien rund 400 Stichproben analysiert worden. 2001 hätten die Experten den Stoff in zehn Prozent der Urinproben nachgewiesen, 2013 dagegen in 60 und 2015 in 40 Prozent.

Darüber hinaus kritisierte Krautzberger eine »Verarmung der Pflanzenwelt auf Feldern und Wiesen« durch Herbizide. Dies habe auch Folgen für die Tierwelt. Zum Beispiel fänden Vogelarten wie das in etlichen Regionen bereits ausgestorbene Rebhuhn nicht mehr genügend Nahrung, weil Pflanzenschutzmittel auch Ackerkräuter und Insekten vernichteten. Die »chemische Keule« sei »einer der Hauptgründe für den Verlust der biologischen Vielfalt«, resümierte sie. Ihre Behörde plädiert deshalb für ein »umweltgerechteres Risikomanagement«. Der Einsatz chemischer Mittel sei zu minimieren. Weiter empfiehlt das UBA eine Abgabe auf umweltbelastende Herbizide nach dem »Verursacherprinzip«.

Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) warnt seit Jahren vor Glyphosat. Durch das UBA sieht er sich jetzt bestätigt. BUND-Agrarexpertin Heike Moldenhauer verwies am Donnerstag darauf, dass ihre Organisation in eigenen Tests sogar in 70 Prozent der genommenen Urinproben in Deutschland Glyphosatrückstände festgestellt habe, europaweit seien es 44 Prozent gewesen. Moldenhauer monierte, es gebe keine Analysen zur langfristigen Aufnahme des Giftes. Bisherige Tierversuche seien vor allem Kurzstudien mit hohen Dosierungen gewesen. Nötig sei ein »Ausstiegsplan«, verlangte sie. Ähnlich äußerte sich der Grünen-Abgeordnete Harald Ebner. Ferner rügte er das BfR. Auf Basis von dessen Einschätzung habe die EU-Lebensmittelbehörde (EFSA) Glyphosat für harmlos erklärt und sogar das Hochsetzen der Grenzwerte empfohlen.